

Saaleische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1911. Nr. 600. für Anhalt und Thüringen. Jahrgang 204.

Wannspreise für Halle und Magdeburg 2,50 M., durch die Post bezogen 3 M. für das Vierteljahr. Die Saaleische Zeitung erscheint wöchentlich ausser an Feiertagen. — Druck und Verlag: Carl Neubauer, Halle a. S., Unterbreitenberg (Sonntagsblatt), Sömmers, Wittenberg.

Verlagsstellen in Halle a. S.: Leipziger Straße Nr. 61 u. 62. Telefon 135 u. 136; Reichsaktionstelefon 1272. Geschäftsstelle in Berlin: Weinbergers Straße 30. Telefon Amt Kurfürst Nr. 6291. Druck und Verlag: von C. Neubauer in Halle a. S.

Zweite Ausgabe Freitag, 22. Dezember 1911.

Blodsfragen.

Der Großblod der Linken ist auf dem Marsche und die Sozialdemokratie hat den Vorteil davon. Ist es doch schon so weit gekommen, daß die Sozialdemokratie an Nationalliberalen mit einem förmlichen Ultimatum herantritt, ohne daß auch nur durch einen bescheidenen Teil der Nationalliberalen ein Scheitern der Entschädigung geht. Der tragische Streit knüpft sich an die Kandidatur Wittum im Wahlkreise Forstheim. Dort hat sich der nationalliberale Kandidat als Gegner des Großblods bekannt und danach die Unterstützung auch von Konservern und Zentrum gefunden. Den roten Herrn und Gebieter im Großblodhaufe aber hat der rollenbildende Seitenprung der sonst gar nicht widerpenflichen Nationalliberalen arg verdrossen, und so droht jetzt die Mannheimer „Vollstimme“, dem bödlichen Nationalliberalismus werde diese einzige sozialdemokratische Stimme zugefügt werden, wenn er Großblodgegner als Kandidaten dulde:

„Was diese unsere bestimmte Verweisung für die nationalliberale Partei bedeutet, darüber werden sich deren maßgebende Stellen kaum im Inneren sein, wenn sie die Situation in jenen Wahlkreisen — Konstantz, Wültingen, Badolaut, Offenburg, Einsieheim — ins Auge fassen, in denen sie, wenn sie einen Erfolg erzielen wollen, unbedingt auf sozialdemokratische Unterstützung angewiesen sind.“

Damit noch nicht genug, droht das sozialdemokratische Blatt auch dem Freisinn, seine in die Stichwahl gekommenen Kandidaten richtungslos durchfallen zu lassen, wenn die Forstheimer Freisinnigen den dortigen Trieb der Nationalliberalen mitmischen und die fortschrittliche Parteileitung das Wandler auch nur stillschweigend dulde. Die bödlichen Liberalen beider Schattierungen haben es also herlich weit gebracht. Hat man es denn bei ihnen überhaupt noch mit selbständigen Parteigruppen zu tun, oder bilden sie bereits bloße Anhängel der sozialdemokratischen Richtung? Wenn in ganz Baden auch nicht ein einziger liberaler Kandidat es mehr wagen darf, sich als Gegner des linkischen Großblods auszupreisen, ist das Sörgereizverhältnis schon bejammernswert entwickelt.

Je mehr die Abhängigkeit der Liberalen vom roten Nachbarn Fortschritt macht, um so lebhafter erneuert der bürgerliche Liberalismus, um seine politische Lage zu verdeutlichen, das Märchen vom schwarz-blauen Blod. Das fährliche Blatt der fortschrittlichen Volkspartei fahrt dieses Märchen nochmals bald zumalmen:

„Wenn wirklich ein schwarz-blauer Blod im vorigen Reichstage nicht bestanden haben sollte — was natürlich der Fall gewesen ist — so ist er nunmehr wenigstens mit aller Sicherheit im Hinblick auf die kommenden Reichstagswahlen gescheitert worden.“

Nun kann ja ohne weiteres zugegeben werden, daß sich die rechtslebenden Parteien von dem fanatischen Zentrumsmar der heutigen Liberalen nicht haben antaunen lassen. Aber wie kam es denn, daß wieder mehr Brücken zwischen der Rechten und dem Zentrum geschlagen wurden? Die linkslebende Zentrumspartei und die auf nationalistische Ermahnungen hinwirkende Zentrumspartei der Liberalen strengen den Willkürblod und zogen die Rechte, damit das große Werk der Reichsfinanzreform nicht scheiterte, das Zentrum zur Wehrtheilbildung heranzuziehen. Seit diesem Verlangen der bürgerlichen Linken in der ausgesprochen nationalen Frage der Sanierung der Reichsfinanzen ist es eine stehende Wendung der liberalen Agitatoren geworden: Der Feind steht rechts! Ist doch der Linksbarmherzig der Liberalen nicht bloß soweit geblieben, daß nationalliberale Kandidaten, um auf sozialdemokratischen Kräfte in den Reichstag zu gelangen, gewisse Programmunkte der revolutionären Partei unterschreiben, obwohl dies das parteientliche Organ als beinahe beständig hinstelle, sondern die Liberalen haben es bei der Düsselfelder Erstagwahl auch noch fertig bekommen, schon im ersten Wahlgange für den Sozialdemokraten zu stimmen. Der heutige Liberalismus ist also ein ganz anderer als der, mit dem 1907 Schlachten gegen die Sozialdemokratie gefochten wurden, und aus dieser Wendung mußte die Rechte wohl oder übel die Schlussfolgerungen ziehen, sollte sie im Kampfe gegen die revolutionären Sturmgeister nicht sich selbst untreu werden. Jedenfalls haben die Liberalen beim Anblick der veränderten Parteigruppierung allen Anlaß, den Schuldigen nicht in anderen Lager zu suchen, sondern reumütig an die eigene Brust zu klopfen.

Die veränderte Parteigruppierung besteht allerdings lediglich im Zerfall des Willkürblods, wenn auch den parteientlichen Zwecken der Linken der formelle Abschluß eines Blodverhältnisses zwischen der Rechten und dem Zentrum viel lieber gewesen wäre. Aber die „Nordd. Allgem. Ztg.“ hat erst vor einigen Tagen mit Recht daran erinnert, daß, wenn ein Blod einmal in Trümmer gegangen ist, bei der Regierung wie bei den Parteien so bald nicht wieder Neigung dafür besteht, den mißlungenen Versuch auf andere Grundblage zu erneuern. Und warum nicht denn gerade die Rechte Schmidt nach einem neuen Blod empfinden? Beim Willkürblod hatte sie doch die Kosten der Blodunterhaltung zu bezahlen, und so trägt sie kein Ver-

langen nach einer zweiten förmlichen Vereinigung dieser Art, zumal sie erst in der Gebundenheit des Willkürblods den Wert freier Selbstbestimmung so recht zu schätzen gelernt hat. Was aber das Zentrum angeht, so können torrefakte Beziehungen zu ihm unmöglich eine politische oder patriotische Sünde sein. War es nicht der freisinnige Wg. Kreis, der, wie einige seiner vor kurzen veröffentlichten Briefe bezeugen, für sich und seinen Fraktionsgenossen höchst ausdrücklich zentrumsfreundliche Gesinnung in Anspruch nahm, ohne daß die Parteileitung — auch nur jetzt nachträglich — ein Wort der Mißbilligung gefunden hätte? Die „Freie Ztg.“ freilich glaubt den Beweis für „das schwarz-blau-Blodkompromiß“ schon mit Hinweisen auf die Tatsache geführt zu haben, daß das Zentrum in einer Reihe von Wahlkreisen im ersten Wahlgange für rechtslebende Kandidaten eintritt. Andererseits stimmen aber doch die Konservern auch schon im ersten Wahlgange für liberale Mandatsbewerber. Danach würde also, wenigstens nach freisinnigem Regest, ein schlüssiger Beweis auch für den Fortbestand des konservativ-liberalen Blodes geliefert sein. Nein, die Blodpolitik ist für die Rechte mit dem Rücktritt des Fürsten Bilow begraben und weder die Rechte noch das Zentrum denken daran sich durch ein Bündnis gegenständig die Hände zu binden. Wie im zweiten Teil der verflochtenen Legislaturperiode muß es der Regierung auch künftig überlassen bleiben, sich von Fall zu Fall eine Mehrheit zu suchen und nur das eine Ziel muß erwünscht und notwendig sein, jezt wie in aller Zukunft die Partei der internationalen, revolutionären und antimonarchischen Sozialdemokratie nach Möglichkeit zurückzudrängen. Leider läßt ein großer Teil des Liberalismus in dieser entscheidenden Frage die große Sache des Bürgerturns in Stich.

Der Reichshaushaltsetz für 1912.

Die „Nordd. Allgem. Ztg.“ handelt getrennt ihre Mitteilungen über den Reichshaushaltsetz für 1912. Von dem Etat für 1911 unterrichtet sich der neue Etat hauptsächlich in folgenden Punkten:

1. Die Einnahmen aus Zöllen und Steuern sind um 78,1 Millionen Mark, die Ueberschüsse von Post und Telegraphie einschließlich der Ausleihungsbeträge um 20,2 Millionen und die Ueberschüsse der Reichseisenbahn um 4,8 Millionen höher veranschlagt.

2. Die Ausgaben des ordentlichen Etats erhöhen sich, wenn man Post und Eisenbahnen einberechnet, um 140,6 Millionen Mark, ohne Berücksichtigung der beiden Betriebsverwaltungen um 105,7 Millionen Mark. An der Spitze der Mehrausgaben stehen diejenigen für das Meer, welche sich einschließlich der Ration-Gehaltsänderungen und der Ausgaben für fremdschiffliche Rehen auf 50 Millionen Mark (bei Abzug der Verbesserung im außerordentlichen Etat auf 30 Millionen Mark) belaufen.

3. Der außerordentliche Etat wird um 82,5 Millionen Mark erhöht, zur größeren Hälfte durch Ueberführung der Ausgaben in den ordentlichen Etat, in welchem die Aufhebung für 1909 erledigt ist. Die Einnahme verringert sich um 53,7 Millionen Mark. Die Materialbeiträge von 80 Prozent pro Kopf der Bevölkerung bleiben unverändert.

Aus dem Etat der Schutzgebiete wird mitgeteilt:

1. **Chloria.** Die eigenen Einnahmen erfahren eine wesentliche Erhöhung infolge der Ausdehnung der Zucker-, Säbber- und Glycerinsteuer auf die entzerrten Annehmlichkeiten, sowie infolge der Steigerung des Einkommens an Zöllen und Abgaben, sowie Ueberweisung der Zinseinnahmen aus dem der ostafrikanischen Eisenbahngesellschaft gewährten Darlehen an den ordentlichen Etat. Eine erhebliche Mehreinnahme beruht auch auf den Erparnissen aus dem Jahre 1909 und 1910. Das ärztliche Laboratorium in Dar-es-Salaam wird zu einem Institut für Seudensbekämpfung ausgebaut. In Tabora wird ein neues Bezirksgericht errichtet. Infolge des Weiterbaues der Wambara-Bahn sind auch Reuanlagen an der Stammtrasse notwendig geworden. Die günstige Finanzlage des Schutzgebietes gestattet, die Zinsen und Verwaltungskosten für die Anleihe zur Wambara- und Genitalbahn heranzuziehen und auf die eigenen Einnahmen des Schutzgebietes zu übernehmen. Der Neubau eines Bezirksamtes in Wochi, Daboma, Nufiji (im Utele), eines Postamtes in Tanja u. m., ferner der Ausbau der Landungsanlage in Dubola und Baumwollkulturenvermehrung erfordern erhebliche Aufwendungen. Die Schutztruppe wird um eine Maschinengewehrabteilung verringert.

2. **Kamerun.** Die eigenen Einnahmen erhöhen sich infolge der günstigen wirtschaftlichen Stellung, sowie infolge der Erhöhung des Spirituosenzolls und der Einführung von Zöllen auf Reis, Stadtfische, Benzol und andere. Das Schutzgebiet bezieht nunmehr die Kosten der Begleitung und Verwaltung der Anleihe aus eigenen Mitteln. Die weitere Entwidlung des Landeswirtschaftlichen, insbesondere die Sebung der Kautschuk-, Delpalmen- und Kakaokulturen, der Ausbau der Versuchsanstalt für Landeskultur in Victoria, die Einrichtung einer Versuchsanstalt für Volkskulturen und von Viehwirtschaftlichen bedingende erhebliche Aufwendungen für 1912. Außer den sachlichen Beiträgen sind erforderlich drei oder vierhundertfachige Beamte und acht land- und forstwirtschaftliche Gelehrten beim Hilfsarbeiterdienst.

Die Schutztruppe wird um 100 Fahrzeuge vermindert. Der Meistlohnfonds und der Verwaltungsfonds für lokale Zwecke werden erhöht. Neue Mittel werden gefordert für einen Trügerkommando für die Bekämpfung der vertriebenen Abteilung der 3. Kompanie in Sufferi sowie für den Neubau des Offizierswohnhauses und der Kaserne in Goppo, für zwei Beamtenwohnhäuser in Duce, ein Gefängnis für Farbige in Duala und den Ausbau von Stationen. Außerdem sind Mittel aufgebracht für den Auf-

bau von Erziehungsinstituten, die bisher auf die Anleihe genommen wurden, zur Befämpfung der Schlafkrankheit und zur Verarmung der deutsch-englischen Grenze von Jola bis zur Küste, für den Weiterbau der Eisenbahn von Duala bis an den mittleren Kong, für die Vollendung des Wasserwerks in Duala und für den Bau eines Erziehungsinstitutes in dem auf der Südküste gelegenen Stadt von Duala.

3. **Togo.** Die Maßnahmen beruhen besonders auf dem Fortschreiten der Ablösung der Steuerarbeit durch Geld. Die Einnahmen aus den Verkehrsanlagen haben infolge des Einfurses der Landungsbrücke in Lome eine Verminderung erfahren. Der Expeditionsfonds wird verringert. Es werden Mittel gefordert für die Verlegung des Hauptstammes in Lome, die Befestigung der Hauptstädte, die Befämpfung der Schlafkrankheit, die Sanierung von Ancho, Gewandwerk im Gebiet der neubauten Bahn nach Atomepe, für die erste Auslastung des ärztlichen Diensts, ferner für den Ankauf landwirtschaftlicher Maschinen und die Errichtung landwirtschaftlicher Stationen. Zur Wiederanbahnung des durch den Einsturz der Landungsbrücke in Lome unterbrochenen Betriebs ist zunächst die Herstellung einer Holzbrücke geplant.

4. **Sierra Leone.** Die Bier-, Wein-, Tabak- und Umsatzsteuer erfahren eine mäßige Erhöhung, die Zölle infolge der gesteigerten Eigenproduktion des Schutzgebietes an Bier, Branntwein und Tabak sowie infolge des Abnehmens eines Antrags auf Manifestation einer Ermäßigung. Unzulässig befristet die Einnahmen die geringere Erparnis der Militärverwaltung aus dem Rechnungsjahre 1909 und die Mehreinnahme aus der Verpadung der Verkehrsanlagen im Süden des Schutzgebietes, die auf dem aus der Abhebung der Nordküsten sich ergebenden Ausfall im Bauverehr beruht. Unter Artikel von 220 Reichsmarkstücken werden 104 Polizeigeräte angekauft. Der Fiskus übernimmt mit 1. Januar 1912 ab das private bergrechtliche Laboratorium des Mineralienbetriebs in Sootapound, zu dem das Schutzgebiet bisher jährlich den Schlüsselbetrag von 20.000 M. zu leisten hatte; gleichzeitig geht auf ihn die Hälfte der Gewinnbeteiligung des Mineralienbetriebs an die Diamantensteingruben in Höhe von 3½ Prozent über. Zum ersten Male ist eine Rate zur Tilgung der Reichsdarlehne für den Eisenbahnbau eingestrichelt. Die Schutztruppe wird mit Rücksicht auf die fortschreitenden Bauarbeiten um 2000 Mann verringert. Die Kautschuk- und Windrub auf zu einer geschäftlichen Veranschaulichung ausgebaut. Die erste Rate wird zur Befestigung von zwei Hauptstationen für die Arbeiterunterverteilung. Der überwiegende Teil der Ausgaben für die Fortsetzung des Umbaus der Bahnlinie Kribia-Windrub sowie des Baues der Nordküstenbahn aus ordentlichen Fonds befristet. Aus der Schutzgebietsanleihe werden der Meist der Meist der Eisenbahnbauten und die dritte Rate für den Erwerb der Eisenbahn gebedt.

5. **Sierra Leone.** Die eigenen Einnahmen des Schutzgebietes weisen infolge der günstigen wirtschaftlichen Entwicklung eine Steigerung auf. Die Polizeitruppe wird um 1200 Farbige vermindert. Die Ausgaben für öffentliche Gesundheits- und Krankheitspflege werden erhöht und der Betriebsmittel sowie die Materialkosten wesentlich vermindert. Geplant ist die Erweiterung der Arbeiterwohnanlagen, die Errichtung von zwei Beamtenwohnhäusern in Kabau, Waulichten in Friedrich-Wilhelmshafen und Kaminga, ein Artzhaus in Bonape, die Fortführung des Spitalbaus auf Jolui, verschiedene Bauten auf Top und die Beschaffung von Cee-fahrzeugen.

6. **Samoa.** Die letzte Erhöhung der Steuern und Zölle auf eine mäßige Steigerung der eigenen Einnahmen bewirkt. Zur Befämpfung der Augenkrankheiten unter den Eingeborenen wird ein Augenarzt gefordert. Zur Befämpfung der in den Anker- und Kolmenplagen auftretenden Schädlinge (Blattläuse, Kirschenflöhe) ist die Einrichtung eines Pflanzen-Pathologischen geplant. Ferner ist geplant der Ankauf eines Jochpflanzens, die Verbesserung der Landungsanlagen, die Erweiterung des Gerichtsgebäudes, Straßen- und Wegebauten, die Ablösung der Anwerbung einheimischer Arbeiter u. m.

7. **Kaukasien.** Neue Stellen werden gefordert für einen Dozenten und einen Kandidaten an der einheimischen Hochschule. Erste Raten sind bereitgestellt für die Beschaffung von Büchern und zur Erweiterung des Lehrkräftevermers.

Der italienisch-türkische Krieg.

Von Kriegsdauptaus.

Aus Derna läuft bei der römischen „Agenzia Stefani“ verpätet folgendes Functelegramm ein:

Am 16. d. Mts. früh wurde ein Bataillon Alpenjäger mit Maschinengewehren, das sich auf der Hochebene vor der Stadt zum Schutz der rings um den Ort ausgefahrenen Befestigungen befand, plötzlich mit lebhaftem Geschwehfeuer angegriffen. Unter Verlust von zwei Sectionen Gebirgsartillerie, die hinausgeschickt waren, erwiderte das Bataillon das feindliche Feuer, das sich nach und nach abschwächte und um 10 Uhr 30 Min. vollständig aufhörte. Nachdem die Streitkräfte wieder aufgenommen waren, fand um 1 Uhr ein neuer, mit größerer Kraft ausgeführter Angriff auf die italienischen Truppen statt, an dem sich von jetzt ab jedes weitere militärische Unternehmen. Im den Angriff abzufolgen, wurden die Alpenjäger auch durch die mit Befestigungsarbeiten beschäftigten Soldaten sowie durch fünf Kompanien, die aus der Stadt heranzogen, ferner durch eine weitere Section Gebirgsartillerie und zwei Sectionen Feldartillerie verstärkt. Da der Kampf sich in die Länge zog, machte der italienische Verband einen entschlossenen Gegenangriff, durch den der Feind zum Rückzuge gezwungen wurde. Als sieben andere Kompanien zur Verhärkung auf der Hochfläche anlangen, hatte der Feind sich bereits außer Schußweite zurückgezogen. Die italienischen Truppen hatten drei Tote und 24 Verwundete darunter einen leichtverwundeten Offizier. Die Verluste des Feindes sind unbestimmt und übertrafen die italienischen zweifach bis dreifach.

Aus Tripolis meldet unter dem 21. Dezember die römische „Agenzia Stefani“: Lieber den Kampf bei Derna.

1000 am 19. Dezember sind folgende Einzelheiten zu berichten:

Oberst Para. der von dem Kommandanten der 1. Division, General Ricci Girard, befehligt worden hat, den Feind, der die Dose von Viroloso besetzt hatte, zu überfallen, brach frühmorgens um 3 Uhr von Viroloso mit zwei Bataillonen Verfolgung, einem Bataillon Grenadiere, einer Abteilung Gebirgsgebiets sowie einer Schwadron Smollette auf und gelangte gegen 11 Uhr in die Nähe der Dose, nach kurzen vorbereitenden Artilleriefeuern ließ Oberst Para. die Grenadiere zum Angriff nach Osten vorrücken. Die Artillerie war, von dieser Seite und von Süden die Dose einzuschließen, während das Gros seiner Streitkräfte in abwartender Stellung blieb, um für jede Eventualität bereit zu sein. Je nachdem der Feind seine Truppen entzweit wurde. Während die Grenadiere schnell und entschlossen bis hinten blühten, fielen und Dingen der Umgebung der Dose angriffen, sahen sie sich plötzlich von den Bestellungen der Stellung des Feindes, der auf die italienischen Truppen ein lebhaftes Feuer eröffnete. Währenddessen führten Detachements der regulären türkischen Infanterie, begleitet und gedeckt von einer Schwadron Smollette, ein Vordringen aus, um die Italiener auf der rechten Seite einzuschließen. Der Feind wurde auf eine Höhe von mindestens über 9000 Mann getötet, von denen ein Drittel reguläre türkische Soldaten waren. Oberst Para löste seine Streitkräfte auf der rechten Seite. Der Feind machte seinerseits verheerende Angriffe auf die Italiener, wobei er sich den Feind aufeinander zu drängen ließ, bis auf 100 Meter näherte, aber alle Angriffe wurden mit schweren Verlusten des Feindes zurückgeschlagen, der sich unter dem Feuer der italienischen Artillerie und der Auftritte zurückzog. Das Einbruch der Nacht blieben die italienischen Truppen in den Befestigungen immer kampfbereit. Die Truppen unternahmen noch während der Nacht mehrere Ausfälle, einen um 10 Uhr, einen anderen um 12 Uhr 45 Min. und einen dritten kurz vor dem Morgens. Alle drei wurden zurückgeschlagen. Gegen 4 Uhr früh konzentrierte Oberst Para. das Heer seine Streitkräfte in der Dose und ließ sich zurückziehen. Nachdem die italienischen Truppen die Befestigungen der Dose am 19. und 20. Dezember besetzt hatten, begab sich die Dose am 21. Dezember wieder. Die Truppen langten ebenfalls 11 Uhr nachmittags mit den zu ihrer Verankerung ausgesendeten Abteilungen in Viroloso an.

Die Verluste der Italiener betragen 6 Tote, 2 Offiziere und 28 Mann wurden verwundet, fast alle leicht. Die Verluste des Feindes, die sicherermaßen nicht angegeben werden, werden allgemein für sehr beträchtlich gehalten. Sie sind zurückzuführen auf ihren entschlossenen Widerstand und auf die Fähigkeit ihres Angriffs. Ein Beweis für die Verluste der Feinde ist, daß er sich in der Nacht vor dem Eintreffen der italienischen Verstärkungen zurückzog. Die Haltung der Italiener war wie immer musterhaft. Die Truppen haben gegenüber einer mindestens dreifachen Übermacht in offenem Felde glänzend Handgehalten.

Die italienischen Quercionen auf dem Woffler. Antikriegs Meldungen aus Konstantinopel zufolge hat ein italienischer Kreuzer das Woffler auf der Insel Sater an der Küste von Yemen beschoßen. Ferner hat ein italienische Kreuzer im Roten Meer das von dem Roten Seehund gefohrtete türkische Schiff „Kastirich“ aufgebracht.

Später wird uns noch aus Saloniki unter dem 22. Dezember berichtet: Drei italienische Kriegsschiffe gingen gestern vor Durazzo vor Anker. Kurz darauf folgten drei andere. Man nimmt an, daß eine einheitliche Aktion geplant ist. Die Truppen werden verladen und erhalten die Weisung, einen eint. Landungsversuch der Italiener energisch zurückzuweisen. Die Bevölkerung schließt sich dem an.

Der Sultan und die türkische Kammer. Die türkische Kammer-Auswahl hat die Debatte über den Antrag auf Abänderung des Artikels 59 der Verfassung beendet und die Abänderungsanträge angenommen, nach denen der Sultan die Kammer nur auf drei Monate berufen kann und im Falle einer Auflösung die neue Kammer binnen drei Monaten zusammenzutreten muß.

Deutsches Reich.

* Zur Ernennung des bayerischen Kriegsministers zum Bundesratsvollmitglied. Die Münchener Stenographische Hofmann schreibt: Der Ernennung des Kriegsministers Grafen Horn zum Bundesratsvollmitglied wird in einem Teile der Presse eine Bedeutung beigelegt, die ihr nicht zukommt. Es sollte durch diese Ernennung hinsichtlich der Vertretung Bayerns im Bundesrat lediglich für das Kriegsministerium das gleiche Verhältnis hergestellt werden, wie es für die anderen bayerischen Ressorts schon besteht, doch nämlich die ständig nach Berlin delegierten Vertreter der Einzelminister als stellvertretende Vollmitglieder zum Bundesrat ernannt werden, während die Stellen der Hauptvollmitgliedern den betreffenden Ministern selbst vorbehalten bleiben.

* In der Sitzung des Bundesrats am 21. d. M. wurde zugestimmt: dem vom Reichstag in der Sitzung vom 5. Dezember angenommenen Entwurf eines Gesetzes betreffend die Abänderung des Schutzgebietsgesetzes, der Vorlage betreffend Verteilung der Gesamtveräußerung für die Verwaltung der Frankweinverbraucherabgabe, den Entwürfen zur kaiserlichen Verordnung über den Geschäftsgang und das Verfahren des Reichsversicherungsamtes, sowie über die Gebühren der Reichsanwälte im Verfahren vor den Versicherungsbehörden, dem Entwurf einer kaiserlichen Verordnung über den Geschäftsgang und das Verfahren der Oberberufungsämter, der Vorlage betr. Hebergangsbestimmungen zur Reichsversicherungsordnung, dem Entwurf einer Verordnung über den Geschäftsgang und das Verfahren der Reichsversicherungsämter, der Vorlage betreffend Hebergangsbestimmungen für die Zivilisten- und Ginkelfriedensentwerfung nach der Reichsversicherungsordnung und dem Antrag auf Erlass einer Hebergangsbestimmung nach Artikel 100 des Einführungsgesetzes zur Reichsversicherungsordnung.

* Eine Mahnung an die Reichstagswähler. Volkswirtschaftlich wird mit Recht geschrieben: Die Reichstagswähler der sozialdemokratischen Terroristen werden von Tag zu Tag lauter und dringender, je mehr sich die Arbeiterfront von der sozialdemokratisch beherrschten Organisation emancipiert und sich auf nationaler oder christlicher Grundlage organisiert. Um so eifriger und rücksichtsloser ist die Sozialdemokratie bestrebt, diese Organi-

tionen durch Abschneidung der Arbeitsgelegenheit lahm zu legen und deren Mitglieder zum Verzicht auf ihre eigenen Organisationen zu zwingen. Und gegeben wird der Druck, der von sozialdemokratischer Seite auf Arbeitsschlichter, den von der Sozialdemokratie beherrschten wirtschaftlichen Gruppen ausgeht wird immer härter und unerträglicher. Aber nicht bloß die Arbeiter, die sich mit der Sozialdemokratie befreunden wollen, unterliegen einem solchen schmerzhaften Druck. Es gilt von den Kleinrentnern, Wirten und Handwerker in den vorzugsweise von Arbeitern beherrschten Quartieren. Diejenige, die vorzugsweise auf Arbeiterschaft angewiesen sind, wird von der Sozialdemokratie planmäßig die Lebensbasis unterbunden, sofern sie sich nicht geradezu in deren Dienst stellen, ihre Kräfte für sozialdemokratische Agitationen zur Verfügung stellen, das Parteibild halten, Parteibeiträge zahlen und schließlich ihre Stimme für die sozialdemokratischen Kandidaten bei Wahlen, Staats- und Kommunalwahlen abgeben. Für viele Schichten der Bevölkerung ist ein wirksamer sozialer Schutz gegen die Bedrohung ihrer Freiheit durch sozialdemokratische Verdrängung eine unbedingte Notwendigkeit. Auf Witterung zu Maßnahmen dieser Art wird man im Reichstage oder niemals bei solchen Mitteln mit Sicherheit rechnen können, die mit Hilfe der Sozialdemokratie gewählt sind, ebensowenig allerdings bei denjenigen, die nach Art des Sozialdemokraten in Bezug auf die Sozialdemokratie jeder feiner und klarer Stellung sich enthalten. Alle diejenigen Reichstagswähler, die als Kleinrentner, Handwerker oder Arbeiter wirksamen Schutz gegen sozialdemokratischen Terrorismus verlangen, so wie diejenigen, die ihren bedrängten Mitbürgern zu solchem Schutze verhelfen wollen, werden daher ihre Stimme keinem auf sozialdemokratische Wahlhilfe rechnenden Liberalen, sowie keinem Kandidaten geben dürfen, der nicht gegen die Sozialdemokratie klar und bestimmt Stellung genommen hat.

* Der Termin für die Strafrechtsreform. Ueber den Termin für das Inkrafttreten der Strafrechtsreform werden folgende Mitteilungen gemacht: Die Strafrechtskommission wird nach Neujahr 1912 in die Beratung des speziellen Teils eintreten und es ist in Aussicht vorhanden, daß die gesamten Beratungen der Kommission in der ersten Hälfte des Jahres 1913 abgeschlossen sein werden. Ueber die Beschlässe der ständigen Kommission sollen dann die Verhandlungen mit den Bundesregierungen begonnen werden. Die Dauer dieser Verhandlungen ist naturgemäß ungewiß, da sie von vielerlei Umständen abhängt. Zu dem erst die Ergebnisse dieser Verhandlungen mit den Bundesregierungen die Grundlagen für die Ausarbeitung eines Gesetzentwurfes im Reichstagsrat bilden, so läßt sich der Zeitpunkt, wann die Vorlage an den Reichstag gelangen wird, nur ungefähr bestimmen. Soweit man die Sachlage übersehen kann, werden die Verhandlungen mit den Bundesregierungen und die Ausarbeitung des Gesetzentwurfes ungefähr 2 bis 2½ Jahre in Anspruch nehmen, wenn die Arbeit glatt von statten geht. Man kann daraus erwarten, daß der Reichstag sich bereits im Jahre 1915 mit dem Entwurf beschäftigen wird. Zu diesem Jahre kann mit dem Inkrafttreten der Reform schon für das Jahr 1916 gerechnet werden.

Ausland.

Das deutsch-französische Abkommen.

Die Pariser Wähler sprechen weiter das Abkommen und die letzten Verhandlungen in der französischen Kammer in wenig freundlicher Weise.

Der Pariser „Figaro“ schreibt: Man kann jetzt nicht mehr behaupten, daß es nützlich gewesen wäre, über das Abkommen ohne lange Nebenabkommen. Die verschiedenen Nebenabkommen, die das Land erwartete, nicht erleichtert. Der Vertrag, den das Land über sich ergehen lassen mußte, erweist ihm jetzt nur noch drückender. Auch die Wahrung geht aus der Debatte, geschwächt hervor. Die Deputierten empfinden die Art Gerechtigkeit, wie sie ihnen seine hiesigen Gegenüber für das unabsehbare Risiko geliefert hat, das ihnen sowohl durch die Erfordernisse der Gegenwart, wie durch die Fehler der Vergangenheit aufgedrängt worden ist. Nicht die Beweisaufhebung des Ministerpräsidenten ist die Ursache der Enttäuschung ihrer Gewissens bedrückt, sondern der Mangel des deutschen Anwaltsgenerals und e. u. h. Der romanische „Soleil“ sagt: Zum ersten Male in der Geschichte Frankreichs, vielleicht auch in der Geschichte der ganzen Welt, geschieht es, daß ein Land ohne eine Niederlage zu bestehen, ohne eine Schmach erlitten zu haben, seinem Nebenbuhler einen Teil seines Gebietes abtritt und seine Grenzen mit dem Feinde seiner Macht und seines Ansehens vertritt.

Rußland und Persien.

Eine Depesche aus Tübriz meldet einen ersten Kampf zwischen Anhängern der Konstitution und russischen Truppen.

Ein Brief aus Tübriz einlaufendes Telegramm besagt: Am Donnerstag wurde hier ein Angriff auf russische Soldaten verübt, die mit der Reparatur eines Fernsprechers beschäftigt waren. Drei Angreifer wurden dabei getötet. Das russische Kontingent hat Patronen in die Stadt entwandt und den Befehl den lokalen Behörden mitgeteilt. — Sodann wird aus Tübriz gemeldet: Die Perser haben eine russische Truppenabteilung überfallen. Es entwickelte sich ein Feuergefecht, das den ganzen Tag andauerte und an dem sich auch die Artillerie beteiligte. Die verbliebene Truppenabteilung ist unterbrochen.

Rußland und die Union.

Präsident Tait hat gestern die Resolution betreffend Kündigung des russischen Vertrages unterzeichnet.

* Die Offiziere der „Liberte“ vor dem Kriegsgericht. In Toulon trat am Donnerstag das Kriegsgericht zusammen, um die Offiziere des „Liberte“, die für den Verlust des Kanfers verantwortlich gemacht werden, abzuurteilen. Die Verhandlungen begannen mit der

Vernehmung des Kapitäns Faure, der bekanntlich zur Zeit der Katastrophe beurlaubt war. Er erklärte, daß die Vorwürfe zur Erläuterung der Überfallener normal funktionierten hätten und daß die Stoffen in gutem Zustande gewesen sowie empfindbar übermäßig vorhanden hätten.

Das Arbeiterpensionsgesetz in Frankreich. Die französische Kammer hat das Gesetz über ein gesetzliches, welches das Arbeiter-Pensionsgesetz abändert, namentlich dahin, daß die Alterspension bereits vom 60. Lebensjahre an bezogen und die Staatsquote von 75 auf 100 Franks erhöht wird.

Zus Mah und Fern.

Das Befinden des Kaisers von Österreich. Gegenüber der Meldung eines angeblichen Blattes über ein angeblich im letzten Gesundheitszustand des Kaisers von Österreich wird festgestellt, daß der leibliche Statthalter des Kaisers nicht zu den geringsten Veranlassungen Anlass gibt. Der Kaiser erholte am Donnerstag mit gewöhnlich dem Arbeitsprogramm und verbringt nur mit Mühe auf das Rehelwert die Wochenlänge nach in Mailer, sondern in Wien. Sein Befinden ist vorzüglich zu beurteilen.

Einweilen in Paris. Auch in Paris wurde am 20. Dezember ein Innehalten und längere große Streikbewegungen an. Ein großer Teil der Telefonleitungen ist gestört. Ein Neubau einer großen Beschäftigung. Das Kaiserreich stürzte Herab und begann 5 Arbeiter unter sich. Einer von ihnen wurde schwerer verletzt unter den Trümmern hervorgezogen, er verlor ein Auge und wurde ins Hospital. Wegen seiner Verletzung wurde er in die Verletzungen. — Die Kirche. St. Sulpice wurde von dem Sturm arg mitgenommen. Einer von den Trümmern ist in Beschädigung am Zerknirschung, aus dem sich einige Steine lösten, durch die zwei Passanten schwer verletzt wurden.

Die holländische Sturm. Auch in ganz Belgien besteht seit dem 20. d. holländische Sturm, begünstigt durch heftigen Westwind. Ueberall werden Entwürfe von Kanonen gemeldet. In Antwerpen ist eine für den Tag bestimmte Halle der künftigen Weltausstellung eingestürzt. Viele Obere der Fiskalbehörde werden vermisst. In Antwerpen ist ein einflussreicher Justizbeamter in einem Arbeiter; mehrere andere wurden verletzt.

Schnellbahn Wien-Düsseldorf. Wie der „Kölnischer Zeitung“ Wien gemeldet wird, ist das Abkommen der Stadt Wien mit der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft und der Siemens-Gesellschaft wegen Errichtung einer elektrischen Schnellbahn zwischen Wien und Düsseldorf abgeschlossen worden. Das Abkommen ist gestern von der holländischen Stadterverordnetenversammlung genehmigt worden.

Die Streikwelle in Darmstadt vor Gericht. Die Streikwelle in Darmstadt beschäftigte sich am Donnerstag mit dem anlässlich des Transportarbeiterstreiks am 22. September d. J. über verurteilten Streikführern. Wegen eines Vertriebes nach Erlangen am Grund der Verurteilung 126, 12 des Strafgesetzbuchs erhoben worden. Die Verhandlung dauerte den ganzen Tag. Das Urteil lautete gegen drei Angeklagte auf drei Monate, gegen drei auf vier Monate, gegen einen auf sechs Monate, gegen einen auf sieben Monate und gegen einen, dem mehrere Nebenabstände nicht zurechnen wurden, auf sechs Monate Gefängnis.

Großer Bergarbeiterstreik in England in Sicht? Auf der gestrigen Tagung des Bergarbeiterverbandes in London wurde beschlossen, eine Abstimmung über eine allgemeine Arbeitsniederlegung wegen der Forderung eines Mindestlohnes für alle Arbeiter unter Tage, und die Jugendlichen, Halbtägigen zu treffen. Die Abstimmung soll am 10. Januar nächsten Jahres stattfinden. Die Abstimmung über die Forderung eines Mindestlohnes für die Arbeiter wird erklärt, daß in der Abstimmung die Differenzen mit der Schule nicht zurückzuführen.

Ein Südpol-Expedition. Kapitän Scott's Schiff „Terra Nova“ hat, wie aus Greenwich auf Neu-Seeland gemeldet wird, den Hafen von Lyttelton (4 Grad südlicher Breite) verlassen, um sich in das antarktische Eismeer zu begeben. Das Schiff wird durch den Winterquartier die Mündung des britischen Nordpols aus dem Süden erwarten, die voraussichtlich Mitte März nächsten Jahres erfolgen dürfte. — Klammigkeit sollte Kapitän Scott Anfang November mit seinem Vorposten nach dem Süden beginnen und der weitere Vorposten, bevor er England verließ, das er von London am 22. Dezember erreichten würde. — Bekanntlich hat außer Kapitän Scott auch der Norweger Amundsen eine Südpol-Expedition unternommen, während die deutsche Südpol-Expedition die südlichen Breiten noch nicht erreicht haben dürfte. Es bezieht nun eine Mitteilung zwischen dem britischen und dem norwegischen Nordpol, dass die Expeditionen in England lebhaftes Interesse entgegenbrachten. Die Missionen Scott's werden schon um desswillen für die besten gehalten, weil seine Expedition besser ausgerüstet ist als diejenige Amundsen's. Ferner soll auch die „Terra Nova“ eine größere Schnelligkeit entwickeln, als Amundsen's Schiff „Fram“. Am Verlassen seines Winterquartiers Südpol-Expedition hofft Kapitän Scott auch wichtige Winterquartiere zu machen, sein Hauptziel ist jedoch darauf gerichtet, das Pol in zu entdecken, die, wie man annimmt, auf dem antarktischen Kontinent in großer Anzahl vorhanden sind.

Die Wahlbewegung. Der Schloßher von Wiedenau. Aus Weichen des Bundes der Landwirte wird eine Resolution der Kammer der Reichstagsabgeordneten über die Wahlbewegung in der gegenwärtigen Reichstagswahlbewegung bietet mancherlei Interessantes. Eine der charakteristischsten Erscheinungen aber ist es wohl, daß die „Parteiliche Volkspartei“ sich aus Sachsen einen Junfer, einen Großkapitän, Majoratsherrn und Schloßbesitzer verschrieben hat, der den Bauern des Wahlkreises Her machen soll, daß sie durch den „Bund der Landwirte“ und die rechtsstehenden Parteien hinteres Licht gestreut werden, daß diese bloß die Interessen des Großgrundbesizers, der Junfer im Auge hätten und sich um die Bedürfnisse der kleineren Berufsgruppen nicht kümmern. Da waren die Arbeiter ganz andere Leute. Sie allein hätten ein Berg für den Komman, der sich abmühen, dem Boden seiner Wäster den Ertrag abzurufen, der ihm und seiner Familie den Lebensunterhalt gewöhne, ihm. Darum sollten sich die Landwirte vom „Bund der Landwirte“ und den mit diesem verbundenen oder, wie sich der Redakteur des „Rechtens“ „erschrocken“ ausdrückt, in einem „Bündnis“, das heißt Abhängigkeitsverhältnis, lebenden Vertretern der Arbeiter abmühen, die Interessen der kleinen Kandidaten, sondern den freistimmigen Wahlmann wählen.

Provinz Sachsen und Umgebung.

Der Schloßher von Wiedenau.

Aus Weichen des Bundes der Landwirte wird eine Resolution der Kammer der Reichstagsabgeordneten über die Wahlbewegung in der gegenwärtigen Reichstagswahlbewegung bietet mancherlei Interessantes. Eine der charakteristischsten Erscheinungen aber ist es wohl, daß die „Parteiliche Volkspartei“ sich aus Sachsen einen Junfer, einen Großkapitän, Majoratsherrn und Schloßbesitzer verschrieben hat, der den Bauern des Wahlkreises Her machen soll, daß sie durch den „Bund der Landwirte“ und die rechtsstehenden Parteien hinteres Licht gestreut werden, daß diese bloß die Interessen des Großgrundbesizers, der Junfer im Auge hätten und sich um die Bedürfnisse der kleineren Berufsgruppen nicht kümmern. Da waren die Arbeiter ganz andere Leute. Sie allein hätten ein Berg für den Komman, der sich abmühen, dem Boden seiner Wäster den Ertrag abzurufen, der ihm und seiner Familie den Lebensunterhalt gewöhne, ihm. Darum sollten sich die Landwirte vom „Bund der Landwirte“ und den mit diesem verbundenen oder, wie sich der Redakteur des „Rechtens“ „erschrocken“ ausdrückt, in einem „Bündnis“, das heißt Abhängigkeitsverhältnis, lebenden Vertretern der Arbeiter abmühen, die Interessen der kleinen Kandidaten, sondern den freistimmigen Wahlmann wählen.

